



Pressemitteilung

AM

Bauminister lehnen weitere Kürzungen bei Fördermitteln ab

Datum:
28.05.04
Nummer:
188/04

Holter: Entlastung für Einkommensschwache muss bleiben

Die 109. Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder hat am Donnerstag und Freitag in Schwerin stattgefunden. Zu den Beschlüssen der Konferenz gehört die Ablehnung einer Kürzung der Mittel für den Städtebau und den sozialen Wohnungsbau. Die Konferenz fordert die Bundesregierung auf, an der im Gesamtpaket von Hartz IV zugesagten Entlastung der Kommunen festzuhalten. Darüber informierte Helmut Holter, Vorsitzender der Bauministerkonferenz, am Freitag (28. Mai 2004) in der Landeshauptstadt.

Wie der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern mitteilte, hat sich die Tagung im Schloss Schwerin unter anderem mit den Vorschlägen der Ministerpräsidenten von Hessen und Nordrhein-Westfalen, Roland Koch und Peer Steinbrück, zum Subventionsabbau beschäftigt. Die Bauminister bekräftigen dabei in einem Beschluss ihre Auffassung, dass die „Städtebauförderung keine Subvention ist, und das Koch-Steinbrück-Konzept daher nicht zur Anwendung kommen kann“. Holter wird von seinen Kolleginnen und Kollegen gebeten, diese Position gegenüber dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bei den Haushaltsverhandlungen 2005 mit Nachdruck zu vertreten.

Die Konferenz stellt zugleich fest, dass die „Kürzung der Bundeshilfen um 120 Millionen Euro auf 110 Millionen Euro im Jahr 2004 einen tiefen Einschnitt in die soziale Wohnraumförderung bedeutet, der nicht der Zielsetzung der Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück (Subventionsabbau um zwölf Prozent in drei Jahren) entspricht und auch den wohnungspolitischen Anforderungen nicht gerecht wird“.

Die Bauminister und -senatoren der Länder sind der Auffassung, dass der ab 2005 „vorgesehene Verpflichtungsrahmen von 202,4 Millionen Euro angesichts des sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern weiterhin bestehenden Förderbedarfs eine Grenze darstellt, die nicht unter-

Schlossstraße 6 - 8
19053 Schwerin

Telefon: (0385) 588-3503
Telefax: (0385) 588-3984
E-Mail: pressestelle@am.mv-regierung.de

V.i.S.d.P.: Helfried Liebsch

schritten werden darf“. Der Bundesbauminister wird deshalb von den Länderministern aufgefordert, diese Haltung bei den Haushaltsverhandlungen nachdrücklich zu vertreten. Im Übrigen ist die Konferenz der Auffassung, dass lineare Kürzungen nach Koch/Steinbrück sich auf neu einzugehende Verpflichtungen beschränken müssen.

Entschieden wiesen die Bauminister und -senatoren auf die „Notwendigkeit einer verlässlichen und wirksamen Entlastung einkommensschwacher Haushalte durch das Wohngeld“ hin. Der Bund wird aufgefordert, an dem Vereinfachungsmodell im Wohngeldrecht festzuhalten und im Gesamtpaket „die zugesagte Entlastung der Kommunen sicherzustellen“.

Wie Minister Holter dazu vor Journalisten erläuterte, sollen nach der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Kommunen die Unterkunftskosten für die Bezieher des Arbeitslosengeldes II sowie für die Bezieher von Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter übernehmen. Das bisher zur Hälfte von Bund und Ländern finanzierte Wohngeld wird gestrichen. Die Länder werden durch den teilweisen Wegfall des Wohngelds und den Wegfall bisheriger Eingliederungsleistungen für Sozialhilfebezieher zwar entlastet, geben aber die Einsparungen an die Kreise und kreisfreien Städte weiter. Unterm Strich aber, so fürchten Kommunen, werden die Belastungen über den Entlastungen liegen. „Das darf nicht sein“, unterstrich auch der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, „es wäre fatal, wenn neben den Arbeitslosenhilfeempfängern, zu deren Lasten die Reform geht, auch die Kommunen finanziell bestraft würden.“

Erörtert wurden im Schloss Schwerin auch die Verwertung von Bahnimmobilien, eine Muster-Versammlungsstättenverordnung, ein Vorschlag aus Rheinland-Pfalz und Bayern zur Reform der Grundsteuer und die Fortführung der Investitionszulage zur Wohnraummodernisierung Ost. Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde ein Bericht des EU-Referenten zur Wohnungspolitik in der Europäischen Union. Die Bundesregierung wurde gebeten, über Aktivitäten zur Notifizierungspflicht der sozialen Wohnraumförderung auf der nächsten Bauministerkonferenz in Rostock zu berichten.

Neben **Helmut Holter**, der für zwei Jahre – 2004 und 2005 – den Vorsitz der Bauministerkonferenz innehat, haben an der Tagung in der Landeshauptstadt Schwerin u.a. teilgenommen: Dr. **Karl-Heinz Daehre**, Minister für Bau und Verkehr Sachsen-Anhalt, **Jens Eckhoff**, Senator für Bau, Umwelt und Verkehr Bremen, **Ingeborg Junge-Reyer**, Senatorin für Stadtentwicklung Berlin, Dr. **Michael Vesper**, Minister für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport Nordrhein-Westfalen, und als Gast Staatssekretär **Tilo Braune**, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.